

MARIO CANDEIAS

LINKSPARTEI, WAS NUN?

DREI VORSCHLÄGE FÜR EINE STRATEGIEDISKUSSION

Die Gesellschaft ist im Umbruch, das Parteiensystem wird umgewälzt. Die Parteien geraten in unruhiges Fahrwasser, auch DIE LINKE. Die Zukunft selbst wird ungewiss. Wo soll es hingehen – nicht nur mit dieser Partei –, sondern mit dieser Gesellschaft? Um nichts weniger geht es. Mit welcher Strategie kann diese Partei in einer solchen dynamischen Situation ihren Gebrauchswert deutlich machen, gesellschaftliche Wirksamkeit erlangen? Dafür gibt es keine Blaupause. Selbstverständlich muss nicht alles neu erfunden werden, Ansätze sind längst vorhanden. Aber es braucht eine kritische, solidarische und vor allem nach vorn gerichtete Debatte darüber. Zu diesem Zweck organisiert die Partei eine Strategiekonferenz. Dieser Beitrag will weitere Anregungen liefern für eine Partei, die mit gezielten beispielgebenden Konflikten einer verbindenden und sozial-ökologischen Klassenpolitik, mit sozialistischer Perspektive und klaren Projekten für eine Linksregierung ihr Profil schärft.

DIE AUSGANGSSITUATION: DREI POLE UND EINE EXISTENZGEFÄHRDENDE LAGE

Ähnlich wie in anderen Ländern seit Beginn der großen Krise ist das Parteiensystem der Bundesrepublik weiter im Umbruch. Das ist besser als der relative Stillstand bei voll entwickelter (neoliberaler) Hegemonie, schließlich gibt es überall in Europa, nicht anders als bei uns, immer wieder neue Aufbrüche. Natürlich sind solche Umbrüche auch hoch gefährlich, die Dynamik ist nicht steuerbar und hat schon viele Parteien aus allen Lagern unter sich begraben. Die jüngsten Wahlen in Ostdeutschland und zuvor die Europawahlen sind deutliche Warnzeichen, stellen aber keine allgemeine Tendenz dar.¹ Entsprechend handelt es sich nicht um eine Krise der LINKEN, sondern um eine große gesellschaftliche Krise, einen Umbruch, der alle Parteien und zahlreiche Länder umwälzt.

Es hat sich eine Konstellation herausgebildet, die als dreifache Polarisierung beschrieben werden kann: Den einen Pol bildet der Machtblock in der Regierung (und die sie stützenden Kapitalfraktionen) bzw. die «kleinen Machtblöcke» in den Ländern (Ministerpräsidentenbonus als Stabilitätsanker und zur Vermeidung der AfD als stärkste Partei), den zweiten die im Wachstum leicht gebremste, aber sehr (diskurs-)starke AfD als eigentlicher «Herausforderer» der Regierung und der etablierten Parteien generell. Und dann gibt es den gesellschaftlichen dritten Pol zur Verteidigung einer solidarischen und demokratischen Lebensweise sowie der ökologischen Grundlagen der Gesellschaft (der auch in Sachsen sichtbar wurde, wo 90 Prozent der Beteiligten an der #unteilbar-Demo in Dresden aus der Region kamen). Dieser dritte Pol hat eine parteipolitische Repräsentation gefunden – leider ist es

nicht (oder nur teilweise) die LINKE, sondern bekanntermaßen sind es die Grünen.²

In derart polarisierten Konstellationen werden differenzierte oder Zwischenpositionen nicht nur nicht sichtbar, sondern häufig zerrieben. DIE LINKE wird kaum wahrgenommen, dringt in der Öffentlichkeit nicht durch, von Ausnahmen wie beim Thema Mieten(-deckel) abgesehen. Hinzu kommen spezifische regionale Aspekte: Die Stärke der PDS bzw. der Partei DIE LINKE im Osten war eine große (wenn auch alte und oft passive) Mitgliedschaft sowie eine sehr mit der Partei identifizierte Stammwählerschaft, die sich aus dem ehemaligen SED-Personal und dessen Umfeld rekrutierte. Diese Generation wird als Mitglieder und Wähler*innen binnen 20 Jahren vollständig wegbrechen. Dieser Prozess führt zu einer abnehmenden Verankerung vor Ort. Entweder erschließt sich die Partei eine neue Mitglied- und Wählerschaft oder sie geht als Generationenprojekt im Osten ihrem Ende entgegen. Hinzu kommen hausgemachte Fehler (Stichwort Polizeigesetz) und ein Politikstil, der sich auf kleine Reformen, besseres Regieren oder besseres Opponieren, auf Politik vor allem im parlamentarischen Raum konzentriert und nicht auf den «Geist der Abspaltung» (Antonio Gramsci), auf eine deutliche Unterscheidung und ein erkennbares, scharfes Profil gegenüber anderen Parteien setzt. Auch die Form der Partei als «antineoliberale Sammlungsbewegung» (Jörg Schindler) aus der Zeit der Agenda 2010 hat sich erschöpft, während neue Strategien, wie jene der organisierenden und verbindenden Partei und einer neuen Klassenpolitik, noch gar nicht in der Partei verallgemeinert werden konnten (teilweise gar blockiert werden).

Dies kann sich, trotz guter Arbeit, in eine existenzgefährdende Dynamik verwandeln, insbesondere in politischen Konstellationen wie der geschilderten zwischen den drei Polen der regierenden CDU/CSU, den Grünen und der AfD. Gerade das – und nicht die Fehler, die immer gemacht werden – markiert die prekäre Situation, in die die SPD geraten ist und in die DIE LINKE geraten kann. Das Verständnis von Konstellationen ist wichtig, um Probleme und Möglichkeiten richtig einzuschätzen und eine zerstörerische und defätistische Stimmung zu vermeiden. Immer wieder treffen wir in Teilen der Partei DIE LINKE auf eine Haltung, in der die Organisation selbst schlechtgeredet wird, in der innere Zerwürfnisse wichtiger werden als die eigentlichen Gegner, wo in Diskussionen nicht um Gemeinsames, sondern um Trennendes gerungen und sich wechselseitig Strategielosigkeit vorgeworfen wird. Doch eine Partei, die sich selbst den Mut nähme, gerät erst recht in Existenznot. Schwarzmalerei muss man sich leisten können.

Diese Konstellation der dreifachen Polarisierung muss nicht bleiben. Die Veränderungsdynamik ist hoch. Die Zivilgesellschaft ist – für deutsche Verhältnisse – zumindest teilweise mobilisiert, auch im Osten: Auch dort gibt es zahlreiche kleine Initiativen gegen rechts, für lokale Belange, gibt es betriebliche Auseinandersetzungen, Fridays for Future und andere Klimabewegte, nicht nur in den Städten, sondern auch auf den Dörfern in der Lausitz und anderswo – #unteilbar in Dresden war ein Ausdruck davon. Es gibt ebenfalls eine neue Generation von Gewerkschaftsaktivist*innen, die der LINKEN nahesteht, nicht zuletzt weil die organischen Wurzeln der Gewerkschaften im Osten zur SPD weit weniger ausgeprägt sind als im Westen. In den vergangenen Jahren sind auch im Osten wieder mehr jüngere Leute in die Partei eingetreten. Neue Mitglieder können den Verlust durch die ältere Generation nicht kompensieren, aber es handelt sich wie im Bundesdurchschnitt um überwiegend junge Neumitglieder, die aktiv werden wollen – gegen rechts, gegen eine als bedrohlich empfundene Gesamtentwicklung, für eine linke Politik vor Ort, mit den Leuten gemeinsam. Die positive Entwicklung des Studierendenverbandes LINKE.SDS im Osten, der in Leipzig eine der größten und aktivsten Gruppen des gesamten Bundesgebietes hat, zeigt beispielhaft das Potenzial für die Partei. Die gesellschaftliche Polarisierung politisiert.

Doch die Parteientwicklung ist von heftigen Ungleichzeitigkeiten geprägt. Die Wahlabstinz und die politische Passivität bestimmter Klassensegmente (die für die LINKE besonders wichtig sind) bleiben hoch. Das ist keine Frage der richtigen Ansprache. Es müssen Projekte und Praxen entwickelt werden, die über die üblichen Verdächtigen hinausreichen und gerade das »Unten« – mit oder ohne migrantischen Hintergrund – erfassen, von diesen selbst getragen werden. Die Partei muss selbst wieder zu einem lebendigen, organisierenden politischen Organismus werden. Diese Praxen sind der Lackmestest einer neuen Klassenpolitik. Es geht um die Funktionsbestimmung einer sozialistischen Partei.

MÖGLICHE STRATEGIEN UND SCHWERPUNKTE

Wie also agieren in Zeiten großer Dynamik? Wie ist eine Situation zu durchbrechen, in der die LINKE momentan kaum sichtbar ist? Die Strategie einer verbindenden Klassenpolitik und der Organisierung zeigt zwar Fortschritte in vielen Bereichen, ist in der Lage, mehr Menschen aktiv in konkrete sozi-

ale Kämpfe einzubeziehen, auch zur Mitgliedschaft zu motivieren, aber sie ist langfristig ausgerichtet, braucht Zeit (und ist noch längst nicht systematisch in der Partei oder in sozialen Bewegungen verankert). Die populistische (Medien-) Strategie, aus dem Stand eine «Bewegung» zu initiieren, ist gescheitert (und hat der Partei erheblichen Schaden zugefügt). Dabei hat sich gezeigt, dass es nicht sinnvoll ist, nur auf wenige Wählergruppen der LINKEN zu fokussieren (bedrohte Beschäftigtengruppen in der Industrie, gern fälschlich als «Arbeiterklasse» bezeichnet, oder die «urbane Mitte»). Noch können wir die Grünen «kopieren» (an die wir in den Europawahlen mit 700.000 Wähler*innen am meisten verloren haben, nach den Nichtwähler*innen mit 1,1 Millionen – und auch jetzt gingen wieder viele Wähler*innen zur AfD sowie zur SPD und CDU). Das Klischee der «Vergrünung der Partei» trifft jedoch nicht zu: «DIE LINKE hat [...] den höchsten Arbeiteranteil der Parteien, knapp vor der SPD. Als einzige Partei überhaupt und mit großem Abstand haben sie Mitglieder aus der sogenannten Unterschicht (34 %)» bzw. den unteren Klassensegmenten. Bei den Grünen verhält es sich umgekehrt: «LINKE und Grüne entwickeln sich also sozial weiter auseinander», heißt es in der größten Studie zur Mitgliederentwicklung der Parteien in Deutschland.³

Die Partei DIE LINKE muss ganz unterschiedliche Segmente der Klasse verbinden. Sie muss immer neu lernen zu übersetzen. Denn die Klasse ist vielfältig gespalten, entlang beruflicher und generationeller Linien, entlang formaler Bildung, entlang geschlechtlicher, ethno-nationaler und anderer (Selbst-)Zuschreibungen, entlang ihrer Stellung im gesellschaftlichen (Re-)Produktionsprozess. Das war nie anders. Insofern geht es immer um ein *making* und *re-making of class*. Dabei gilt es den Blick auf die Lohnabhängigen als «ganze Menschen» (auf ihre Produktions- und Lebensweise) zu richten. Dies impliziert einen anderen Interessenbegriff, denn die Einzelnen haben vielfältige Interessen. Teilweise sind diese gegensätzlich, die Widersprüche gehen mitten durch die Subjekte. Insofern sind Interessen nicht «objektiv» gegeben, sondern werden in Auseinandersetzungen permanent geformt, im besten Fall gemeinsam. Entsprechend vielfältiger sind auch die Kämpfe. Einer der wirksamsten Spaltpilze ist die enge Verbindung von Rassismus und Klassenpolitik von «oben». Dagegen gilt es eine wirksame sozialistische Klassenpolitik als verbindenden Antagonismus zu entwickeln.

1 WEITERENTWICKLUNG DER VERBINDENDEN KLASSENPOLITIK UND ... SOZIALISMUS!

Wir diskutieren an dieser Stelle in zwei Richtungen (s. u.), in die einer popularen und einer «populistischen», aber jeweils verbindenden Strategie, die sich durchaus ergänzen könnten. Entscheidend ist es, einige Projekte zu bestimmen, die unmittelbare Verbesserungen bringen und zugleich Macht- und Eigentumsverhältnisse verändern – um *gezielt beispielgebende Konflikte zu produzieren*. Das haben die Beschäftigten der Charité bei der Frage der Personalbemessung getan und das gilt auch für die Initiative «Deutsche Wohnen & Co enteignen». Dabei sollte ein gezielter Konflikt eben an Alltagsbedürfnissen ansetzen, auf unmittelbare Verbesserung für die Einzelnen zielen und eine Dynamik für nächste Schritte und weitergehende Perspektiven schaffen. Dies schließt disruptive Praktiken wie Streik, Besetzung, Blockade, auch Volksentscheid ein. Diese Selbstermächtigung und ein langer Atem sind zentral zur Erweiterung des Möglich-

keitsraumes – noch vor Kurzem hätten wir gedacht, dass eine Kampagne zur Enteignung von Immobilienkonzernen unter keinen Umständen Erfolg haben können. Ein solcher Konflikt verleiht Sichtbarkeit, inspiriert, motiviert. Eine entsprechende Kampagne bietet Möglichkeiten, zuvor zersplitterte Initiativen und Organisationen konkret zu verbinden. Wenn sie erfolgreich ist, verschiebt sie den gesellschaftlichen Diskurs, mithin die Kräfteverhältnisse, und erweitert somit den Möglichkeitsraum und erhöht die Durchsetzungsfähigkeit auch anderer Forderungen (beispielsweise hat die Enteignungskampagne unmittelbar das Diskursfeld für den Mietendeckel verbessert und inspiriert radikale Überlegungen auf anderen Feldern). Dass Konflikte ungeheurer Spaß bereiten können, sieht man schon im Kleinen bei den Stadtteilorganisationen, wenn dann eine Kampagne vor Ort fruchtet, sich mit anderen verbindet, man sich als Teil von etwas Größerem fühlt. Auch für jene, die selbst nicht aktiv werden wollen oder können, kann dies eine neue Attraktivität ausstrahlen: Sie spüren, hier legt sich jemand für uns mit mächtigen Interessen an, nicht weltfremd, sondern um real etwas zu erreichen. Die organisierende Arbeit – verbinden, verbreitern, verankern – ist zentral, um zahlreicher zu werden. Und sie kann (Selbst-)Organisation mit einer lebendigen Repräsentation verbinden. Welches sind also die drei oder vier zentralen gesellschaftlichen Fragen, die gelöst werden müssen und die geeignet sind, einen solchen, für die linke produktiven Konflikt zu entwickeln?

Dazu bedarf es jeweils spezifischer Gegnerbezüge. Taktisch wie strategisch sollte man hier möglichst präzise sein, damit der Gegner nicht abstrakt bleibt, also etwa mit Recherchen über Hintergründe von Investoren, Machenschaften eines Unternehmens etc. Wer steckt die Profite in diesem oder jenem Krankenhauskonzern ein auf Kosten von Patient*innen und Personal? Wer liefert welche Rüstungsgüter in Krisengebiete? Wer sperrt sich mit Dieselbetrug und Korruption gegen eine ökologische Mobilitätswende? Hier geht es um ein gezieltes *Blaming der Gegner*. Eine eigene scharfe, mitreißende Tonart unserer politischen Sprache gehört dazu. So kann eine verbindende, sozialistische Klassenpolitik herausarbeiten, weshalb Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen, um Löhne und Zeit, aber auch um die Reproduktion – Gesundheit, Wohnen, Ökologie – noch immer Klassenkämpfe sind. Das ist nicht evident, nicht im industriellen Sektor (Tradition der Sozialpartnerschaft, Exportkorporatismus oder Digitalpakt), noch weniger in den Dienstleistungsbereichen und am wenigsten im Bereich öffentlicher sozialer Infrastrukturen oder eben in der Klimafrage. So ist zum Beispiel die Rede, wir säßen bei der ökologischen Krise alle im selben Boot, auch die Reichen könnten ihr nicht entfliehen, großer Unsinn angesichts der klassenförmig extrem ungleichen Verteilung von Verursachung und Folgen, global wie innergesellschaftlich. Neben dem Gegnerbezug braucht es stets verbindende (meist recht allgemeine) Slogans für eine Systemwende, aber auch positive Projekte, die eine Mischung aus erreichbaren Zielen und vorwärtsreibenden Forderungen und Initiativen sind.

In Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung ist eine radikale Perspektive entscheidend. Es geht nicht einfach um die Verteidigung des Sozialstaats oder die Rückkehr zu einem nationalstaatlichen Modell der Regulierung des Kapitalismus. Wir sollten klar sagen, dass wir an einem Ende des Kapitalismus arbeiten, an einer Gesellschaft, die Bernie Sanders unbekümmert Sozialismus nennt. Dazu gehören ganz selbstverständ-

liche Dinge wie eine kostenfreie Gesundheitsversorgung und Bildung sowie bezahlbares Wohnen für alle; entgeltfreie öffentliche Güter und Dienstleistungen von Bibliotheken bis zum öffentlichen Personennahverkehr und den Netzen der «Fundamentalökonomie des Alltagslebens»; viel mehr Zeit füreinander und zum Leben; demokratische Mitsprache, die etwas bewegt, also wirkliche Demokratie. *Sozialismus wäre erst einmal der Anspruch auf das Selbstverständliche.*

Dabei werden alte sozialistische Problematiken, wie Macht- und Eigentumsfragen, Umverteilung, Planung und Demokratie, aktualisiert und mit neuen Problemstellungen verknüpft – in der Perspektive der Erweiterung der gemeinsamen Verfügung über die unmittelbaren Lebensbedingungen, der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsmittel.

Eine dezidiert sozialistische Perspektive kann hilfreich sein, indem sie zwei Dinge leistet: Sie kann erstens in einem offenen und offensiven Suchprozess eine Perspektive bieten, die die unterschiedlichen Felder wieder zusammenbindet, damit nicht alles in Einzelpolitiken und Initiativen zerfällt. Und sie versucht zweitens, die unterschiedlichen Interessen und Bewegungen im Sinne «revolutionärer Realpolitik» so zu verknüpfen, dass sie sich nicht «nur erreichbare Ziele steckt und sie mit den wirksamsten Mitteln auf dem kürzesten Wege zu verfolgen weiß», sondern dass sie «in allen ihren Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit *über den Rahmen der bestehenden Ordnung*» hinausgehen.⁴ Sie verbindet Verteilungsfragen mit Macht-, Eigentums- und Demokratiefragen, die an die Wurzel gehen (wollen).

Denn möglicherweise sind wir bereits in einer Entscheidungssituation. Der Bruch mit den alten neoliberalen und neuen autoritären Politiken wird zur Notwendigkeit angesichts der Verdichtung von globaler Ungleichheit, ökologischer Krise, Migrationsbewegungen, globalem Autoritarismus und Faschisierung. Die radikale Rechte konstruiert sich «das Andere» als Objekt der Gegenmobilisierung, gewissermaßen einen umgekehrten Regenbogen: gegen lila, rosa, grün und bunt – als Widerstand gegen die vermeintlich «moralisierende Umerziehung» durch die 68er. Unsere Kritik an der einseitig-liberalen Orientierung auf Anerkennung sollte keineswegs auf Kosten der Errungenschaften emanzipativer Anerkennungskämpfe gehen: Was an Gleichstellung von Frauen, Anerkennung von schwulen oder lesbischen Lebensweisen, Diversität sexueller Orientierung, an kultureller Offenheit, an kleinen Schritten einer ökologischeren Lebensweise etc. erstritten wurde, gilt es zu verteidigen. Es braucht eher mehr als weniger. Und Hauptgegner des Autoritarismus sind immer und überall soziale und kollektive, politische und demokratische Rechte, die es zu verteidigen gilt. Die radikale Rechte zielt auf eine Spaltung der Subalternen, will eine rechte Identitätspolitik und reaktionäre Selbstermächtigung. Es macht keinen Sinn, von links die einzelnen Elemente (sozial, feministisch, ökologisch etc.) gegeneinander auszuspielen.

Ein ernsthafterer Konjunktüreinbruch würde die gesellschaftliche Situation noch verschärfen. Der «Mittelweg» postideologischer Offenheit, von Pragmatismus und linksliberaler Kritik ist dann nicht mehr gangbar. Kräfte, die sich für den Erhalt liberaler, bürgerlicher Freiheiten und minimaler Standards solidarischer Lebensweisen einsetzen wollen, müssen Partei ergreifen gegen Autoritarismus und Neoliberalismus, das heißt auch für einen radikaleren linken Kurs. *Jetzt ist der Moment der Entscheidung*, in einer Phase des

Interregnums, in dem noch unterschiedliche Möglichkeiten offenstehen, sich aber bereits zu schließen beginnen. Die Barbarei ist wieder denkbar – und sie ist der Normalfall im Übergang zu einem neuen gesellschaftlichen Projekt (sei es kapitalistisch oder nicht); ein sozialistisches Projekt kann sich auf die Notwendigkeit aufgrund ungelöster, eskalierender Menschheitsprobleme und die Gefahr der Barbarei berufen und sich zugleich aus Wünschen und Sehnsüchten nach dem Zukünftigen, konkreter Utopie speisen. Eine sozialistische «Erzählung» ist *unverzichtbar*, zugleich muss sie sehr konkret sein, aus den sozialistischen Interventionen heraus entwickelt werden. Das Adjektiv «sozialistisch» verweist auf die Praxis (nicht auf eine fertige Blaupause).

2 R2G? NEIN, LINKSREGIERUNG!

Schon bei der letzten Bundestagswahl haben wir Chancen für eine Linksregierung diskutiert.⁵ In der Tat ist dies eine weitere Möglichkeit, den Gebrauchswert der LINKEN konkret zu verdeutlichen – zumindest wenn es gelingt, nicht nur mitzuregieren, sondern *real einen Unterschied zu machen*. Wir kennen alle zahlreiche Beispiele, in denen dies nicht oder nur sehr eingeschränkt gelang, von Griechenland bis Brandenburg. Allerdings hat sich die Situation verändert. In Zeiten vollständiger Hegemonie des Neoliberalismus waren die allermeisten Regierungsbeteiligungen zum Scheitern verurteilt. Manchmal gab es jedoch gar keine Wahl. Um eine zweite Regierung Berlusconi in Italien zu verhindern oder die korrupte CDU-Regierung in Berlin abzulösen – die jeweiligen linken Parteien hätten kaum eine Regierungsbeteiligung ablehnen können. In beiden Fällen waren die Folgen für die Linken allerdings fatal. Inzwischen ist die neoliberale Hegemonie dahin. Die Herrschenden sichern ihre Herrschaft autoritär ab, aber sie führen nicht mehr, verlieren überall massiv an Zustimmung. Linke Regierungen in Griechenland oder Portugal, in den rebellischen Städten in Spanien oder Italien zeigen, wie enorm die Herausforderungen sind und wie doch auch wichtige Errungenschaften durchgesetzt werden können.

Am Beispiel Berlin wird auch deutlich, wie sehr die gesellschaftliche und die Parteilinke in der Lage ist zu lernen, um eine effektive Arbeitsteilung, solidarische Kritik und gemeinsame Erfolge zu ermöglichen. Dass nicht mehr eine große Partei eine (oder zwei) kleinere Parteien dominieren kann, die Prozentzahlen bei den Wahlen sich stark angenähert haben, erleichtert die Zusammenarbeit «auf Augenhöhe». Bremen wird ein neues Experimentierfeld markieren.

Auch im Bund sollten wir unser strategisches Ziel eindeutig benennen: nicht einfach rot-rot-grün (R2G), weil es arithmetisch möglich ist, oder Opposition, weil Regierung eh nichts bringt; vielmehr sollte DIE LINKE für eine dezidiert linke Regierung eintreten, die eine starke Zivilgesellschaft als kritischen Partner hat. Aber auch eine Tolerierung einer Minderheitsregierung ist denkbar und hat viele Vorteile für die Linke (siehe Portugal). Kein Weiter-so mit winzigen Korrekturen. *Regieren nur, wenn ein Richtungswechsel möglich ist – das wäre die wichtigste Voraussetzung einer bestandsfähigen Politik der Hoffnung.*

Für jede Art von Regierungsbeteiligung sind einige wenige, konkrete, durchaus ambitionierte Projekte notwendig, die in jedem Fall verwirklicht werden sollen. Hier sind die linken Versatzstücke in der Programmatik der potenziellen Partner ernst zu nehmen und auf Gemeinsamkeiten zu achten. Beispielhaft: sanktionsfreie Grundsicherung; substanzielle

Reduzierung von Rüstungsexporten (Verbot bei Krisengebieten); Initiative für einen (dauerhaften) sozialen Wohnungsbau (mit Investitionen, aber vor allem mit deutlich mehr Rechten für Mieter*innen und Kommunen beim Mietrecht); Stärkung sozialer Infrastrukturen mit verbindlicher Personalbemessung bei Sozialberufen, Kranken- und Altenpflege, (Problem-)Schulen; radikale Maßnahmen in der Klimapolitik (früherer Kohleausstieg, massive Strukturwandelinvestitionen, sozial-ökologisches Investitionsprogramm, schärfere Grenzwerte und ordnungspolitische Maßnahmen u. a. im Verkehr); Ausbau des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs mit günstigen Ticketpreisen und Schritte zur autofreien Stadt; Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene und runter von der Straße; Regulierung und starke Einschränkungen bei Leiharbeit, Befristung, Werkverträgen etc.; Orientierung auf ein neues Normalarbeitsverhältnis und einen höheren Mindestlohn; Wiederaneignung digitaler Daten und Regulierung der Plattformökonomie und Logistik; und insbesondere Vermögens- und Unternehmenssteuern, Transaktionssteuer, Steuervollzug bei transnationalen und Tech-Konzernen; dazu Maßnahmen zur Demokratisierung des Staates und Einstiege in die Wirtschaftsdemokratie. Diese Aufzählung ist schon zu lang. Prioritär von den genannten Punkten wären vielleicht die Themen Wohnen, Mobilitätswende, sanktionsfreie Grundsicherung/Rente, Pflege und Rüstung.

Entscheidend ist es, einige Projekte zu bestimmen, die unmittelbare Verbesserungen bringen und zugleich Macht- und Eigentumsverhältnisse verändern – und damit exemplarische Konflikte produzieren. Haltelinien helfen nur ex negativo, aber nicht um den Gebrauchswert der Partei in einer Regierung zu verdeutlichen. *Es ist auch sinnvoll, viele Dinge nicht zu tun*: keine Freihandelsabkommen, keine Kampfeinsätze, keine Ausweitung der Rüstungsetats, keine Deregulierung, keine unnützen Großprojekte etc. Wo Schnittmengen unter den Partnern bestehen, schadet es manchmal nichts, wenn eine Regierung an dieser Stelle nicht regiert. Man muss nicht übers Stöckchen springen. Vielmehr wäre es eine große Regierungskunst, Schädliches zu verhindern.

Entsprechend sollte von links in der derzeitigen Situation keine harte Abgrenzung gegenüber den Grünen oder der SPD erfolgen, obschon die Unterschiede in Reichweite und Form unserer Politik klar und deutlich werden sollten. *Als Gegner sind jedoch nicht rot oder grün, sondern eine mögliche schwarz/grüne (oder grün/schwarze) Koalition sowie die radikale Rechte zu bestimmen.* Ein Gebrauchswert der LINKEN besteht auch darin, sagen zu können: Wer eine soziale und ökologische Politik will, muss links wählen, um SPD und Grüne nicht einem kapitalistischen Modernisierungskurs oder dem Weiter-so zu überlassen, sondern deren eigene linke Ansprüche zu stärken, die sie nur mit der LINKEN umsetzen können, und mit niemandem sonst.

Die Situation ist durchaus nicht ungünstig. Die Sozialdemokratie braucht ein Erneuerungsprojekt, um ihren Absturz zu bremsen. Die CDU/CSU verliert konstant und ist verunsichert mit Blick auf einen künftigen Kurs,⁶ was sich auch am glücklosen Agieren von Annegret Kramp-Karrenbauer zeigt. Die Grünen können mit ihrer postpolitischen Kommunikation noch gegensätzliche Positionen vertreten (Ja zu schwarz-grün einerseits und andererseits Bekenntnis zu radikaler Klimapolitik, sozialem Ausgleich und Migration), müssen aber spätestens bei Neuwahlen Farbe bekennen. Es kann sein, dass sie tatsächlich dem «Wunsch nach einer neuen Mitte» (Horst Kahrs) mit einem Weiter-so mit grün-kapitalistischen

Modifikationen nachgehen. Oder aber sie verfehlen den ebenfalls durchaus vorhandenen Wunsch nach notwendigen radikaleren Veränderungen. Bestärken wir sie darin, sich selbst ernst zu nehmen: Kanzler*in plus radikale klimapolitische Wende – mit uns auch sozial-ökologisch.

In diesem Sinne halten wir die Debatte um und die Formulierung eines *Programms für eine Linksregierung* diskurspolitisch für sinnvoll, da einerseits die Medien darauf anspringen, andererseits Raum geschaffen wird, um unsere ausgewählten radikalen und sozialistischen Interventionen sichtbar zu machen, um die Linke selbst um die ausgewählten und eingreifenden Punkte zu reorganisieren und zu konzentrieren – unabhängig davon, ob es später zu einer Linksregierung kommen sollte oder nicht. Eine breite zivilgesellschaftliche Linke und linke Wissenschaft wären in die Debatte einzubinden. Es wäre wichtig, Impulse für die Entwicklung eines linken Regierungsprogramms zu geben und konkrete Vorschläge (sagen wir zehn Vorschläge für ein sozialistisches Regierungsprogramm) zu erarbeiten. Daher sprechen wir auch nicht von rot-rot-grün als eingeführtem, arithmetischem medialen Farbenspiel, sondern eben von Linksregierung, um zu markieren, dass es um einen wirklichen Richtungswandel geht.

Das Projekt Linksregierung widerspricht keineswegs dem Ansatz einer organisierenden Partei. Ohne eine solche, mobilisierte Partei, ohne Engagement von Initiativen und sozialen Bewegungen wird eine Linksregierung nur wenig durchsetzen und mittelfristig durchhalten können. Zu stark sind die gesellschaftlichen Gegenkräfte. Auch die Beharrungskräfte bei den potenziellen Koalitionspartnern – evtl. auch in Teilen der Linkspartei – sind nicht zu unterschätzen. Es dürfte entscheidend sein, gleich zu Beginn zwei bis drei einschneidende Maßnahmen umzusetzen, wenn der Schwung noch da ist, die Gegner einer linken Regierung noch geschwächt sind, die Zivilgesellschaft mobilisiert ist. Die Übernahme der institutionellen Regierungsmacht ist nicht der Moment der Ablösung des Bewegungsmoments. Mit dem Regierungsantritt müsste vielmehr die Selbstorganisation in allen Bereichen noch verstärkt werden. Es müssten neue verbindende Praxen zwischen den unterschiedlichen Funktionen von Regierung, Partei, Bewegung und gesellschaftlichen Selbstorganisationen entwickelt werden – statt stellvertretend für die Bewegungen und die Wähler*innen zu agieren und von Fall zu Fall die Bewegungen anzurufen, um für die Regierung zu mobilisieren. *Es braucht den Druck der Gesellschaft und der Partei, um als Regierung voranzukommen ...* – aber da müssen die Partei DIE LINKE wie die gesellschaftliche Linke erst einmal hinkommen. Wie lange die gegenwärtige Regierung noch hält, wissen wir vielleicht im Dezember etwas genauer, wenn die SPD ihre Führung und ihren Kurs neu bestimmt haben wird.

3 ÖKOLOGISCHE KLASSENPOLITIK UND GRÜNER SOZIALISMUS

«Sozial» ist immer noch der «Markenkern» der LINKEN, doch wird er keineswegs klassenpolitisch und sozialistisch ausbuchstabiert und vor allem nicht konsequent auf anderen Politikfeldern durchdekliniert. Es kann heute keine soziale Politik mehr geben, wenn sie nicht auch ökologisch ist, denn die ökologische Krise spitzt sich zu. Kippunkte werden früher erreicht als angenommen. Klimapolitik, wie der Feminismus nicht nur von der radikalen Rechten als «Mittelstands-Esoterie» oder «Gedöns» denunziert, entwickelt sich zu einem Kris-

tallisationspunkt für erneuerte gesellschaftliche Bewegung. Parteipolitisch profitieren in Europa davon eher die Grünen. Dies hat viel mit dem – falschen – Gegensatz von sozialer und ökologischer Frage zu tun. Dabei ist die Frage der Klimarechtigkeit eine soziale Frage globalen Maßstabes. Die Folgen des Klimawandels, aber auch einzelner klimapolitischer Maßnahmen sind klassenförmig extrem ungleich verteilt, weltweit wie innerhalb der einzelnen Gesellschaften. Massive sozial-ökologische Transformationskonflikte stehen an. Für die gesellschaftliche Linke ist die Vermittlung der sozialen und ökologischen Frage als sozial-ökologische Frage eine Existenzfrage, konkret, nicht als Floskel. Doch wie sieht eine radikal ökologische Politik aus, die zugleich eine ökologische Klassenpolitik ist? Dies ist auch für die Durchsetzbarkeit weitreichender klimapolitischer Maßnahmen von entscheidender Bedeutung, nicht nur im Sinne kompensatorischer Maßnahmen, sondern im Sinne einer Transformationsperspektive hin zu einer anderen Produktions- und Lebensweise, eines guten Lebens, eines grünen Sozialismus.

Am Beispiel der Automobilindustrie lässt sich dies verdeutlichen. Der bereits enorme Konkurrenzdruck wird angesichts weiter steigender globaler Überkapazitäten noch zunehmen, Standorte und Arbeitsplätze gefährden. Der Umbruch in der Industrie – Chinas Umstellung auf E-Mobilität, die Arbeitsplatzverluste in der Fertigung durch den E-Antrieb, Dieselskandale und das absehbare Ende des Verbrennungsmotors, die «Digitalisierung» und «autonomes Fahren» – und neue Konkurrenz durch Tech-Giganten werden die Branche völlig verändern. Präventiv wären staatliche Kapitalhilfen an alternative Entwicklungswege sowie an die Beteiligung am Eigentum bzw. an die volle Vergesellschaftung von Unternehmen zu knüpfen. Öffentliche Beteiligung wäre mit erweiterter Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Umweltverbänden und den Menschen der Region zu verbinden, zum Beispiel in regionalen Räten, die über konkrete Schritte einer Konversion des Automobilkonzerns in einen ökologisch orientierten Dienstleister für öffentliche Mobilität entscheiden. Von Jobverlust bedrohte Automobilwerker*innen diskutierten, entwickelten und bestimmten dort mit, wie eine Konversion ihrer Industrien und ein gerechter Übergang organisiert werden kann – das ist eine vordringliche Aufgabe auch der Gewerkschaften. So können unterschiedliche Betroffene im Betrieb oder in der Region selbst zu Protagonist*innen der Veränderung werden. Ein sozial-ökologischer Transformationsfonds stellt die Ressourcen dafür bereit. Die Mobilitätswende muss gegen Konzerninteressen durchgesetzt werden, aber mit den Beschäftigten und ihren Familien: Auch sie haben ein Interesse an der «Vereinbarkeit» von auskömmlichem Leben, Zeit für Familie und Freunde und lebenswerter natürlicher Umwelt. Zielmarken wären das Ende des Verbrennungsmotors im Jahr 2030 und die weitgehende Verwirklichung autofreier Innenstädte durch einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs und entsprechende Infrastrukturen in den Städten und auf dem Land.

Nicht in jedem Fall wird dies für Beschäftigte bedeuten, im selben Betrieb oder derselben Branche bleiben zu können. Damit eine sozial-ökologische Transformation nicht angstbesetzt ist (oder gar von Betroffenen bekämpft wird), bedarf es neben positiver Perspektiven und Partizipation auch Garantien. Alexandra Ocasio-Cortez und Bernie Sanders haben daher in ihrem Vorschlag für einen Green New Deal (im Anschluss an Roosevelts New Deal) eine *Jobgarantie* aufge-

nommen. Die Transformation erfordert unglaublich viel Arbeitskraft. Alle, die Arbeit wünschen, sollten das Recht auf eine öffentlich finanzierte, tarifliche Arbeit mit «kurzer Vollzeit» haben.⁷ Zugleich würde eine solche Garantie die Arbeit besser verteilen, die Macht des Kapitals brechen, die Bedingungen der Arbeit zu diktieren, und der Prekarisierung ein Ende setzen.

SOLIDARISCH STREITEN ODER BARBAREI

Der real existierende Kapitalismus ist gescheitert. Sozialismus oder Barbarei, hieß es einst bei Rosa Luxemburg, als die Welt in Imperialismus, Kolonialismus und Erstem Weltkrieg versank (und später dann im Zweiten Weltkrieg und im Holocaust). Die Barbarei ist angesichts sich auftürmender Menschheitsprobleme – global galoppierende soziale Ungleichheit, eine bereits eingetretene ökologische Katastrophe, Krieg und Fluchtbewegungen – wieder zu einer realen und drohenden Möglichkeit geworden.

Innerlinker Streit muss sein. Die Frage ist, wie er geführt wird. Ist er zuallererst auf den innerparteilichen Gegner gerichtet, spaltet und schwächt damit die LINKE? Oder aber wird der Streit solidarisch geführt, ist das Ziel verbinden und zusammenführen? In Perioden des Aufstiegs einer Bewegung oder Partei gelingt es, die widerstreitenden Elemente und Gegensätze in einer Partei zusammenzuhalten. In Perioden des Abstiegs oder der Stagnation einer Partei wird dies sehr viel schwieriger, zersetzende Dynamiken und Entsolidarisierung nehmen zu. Aber eine Erneuerung, die vorhandene Blockaden auflöst und produktive Ansätze weiterentwickelt, ist möglich. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Das hängt von der konkreten Konstellation ab, aber auch davon,

ob eine Partei im richtigen Moment bereit ist. Springen wir in Kenntnis der Lage mit Freude und Zuversicht ins Unge- wisse.

Mario Candeias ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Zu den Besonderheiten dieser Wahlen vgl. Kahrs, Horst: Die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen 2019, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, September 2019, unter: www.rosalux.de/publikation/id/40926/die-landtagswahlen-in-brandenburg-und-sachsen-2019; DIE LINKE. Bundesgeschäftsstelle: Wahlberichte Brandenburg & Sachsen, 2.9.2019, unter: www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/2019-09-02_wahlberichte_bb_sn.pdf. **2** Knapp zusammengefasst kommen den Grünen gleich mehrere Faktoren zugute: a) Die AfD macht die Grünen durch ihre Angriffe gegen die «grün-versifften 68er», ihren Genderismus, ihren Ökologismus der «Gutbetuchten» etc. fast naturwüchsig zum Repräsentanten des Dritten Pols; b) die Grünen konnten jene Gegenpositionen verkörpern (unabhängig von ihrer realen Politik in Regierungsbeteiligungen) anlässlich einer Europawahl, bei der die Befürchtungen um den weiteren Aufstieg der radikalen Rechten mobilisierend wirkten, während das linke Wählerpotenzial bei Europawahlen klassisch wenig interessiert und kaum zu mobilisieren ist (1,1 Millionen Wähler*innen, die noch 2014 die LINKE gewählt hatten, gingen diesmal gar nicht zur Europawahl); c) schon im letzten Herbst gewann das Klima- bzw. Ökologiethema in der öffentlichen Debatte an Bedeutung, beginnend mit der erstaunlich positiven Resonanz auf die Besetzung des Hambacher Forstes, der nicht nachlassenden Anti-Kohle-Bewegung, vor allem aber natürlich durch die Jugendbewegung Fridays for Future – auch wenn die sozial-ökologische Programmatik der LINKEN inzwischen weiter entwickelt sein mag als jene der Grünen, so wird die «Klimakompetenz» in der Öffentlichkeit weiter den Grünen zugeschrieben; d) im Osten blieben die Grünen zwar hinter ihren Umfragewerten zurück, doch wurden sie als ausgewiesene Westpartei in Brandenburg erstmals zweistellig in den Landtag gewählt, vor allem wegen der Sorge über den Klimawandel und der Rechtsentwicklung. Unter jungen Wähler*innen und höher Gebildeten sind die Grünen besonders stark. In Sachsen wie in Brandenburg besteht die Aussicht, in Koalitionsverhandlungen einzutreten und Regierungsverantwortung zu übernehmen. **3** Vgl. Ehling, Janis: Die Linke: Verlust der Arbeiterklasse?, in: Die Freiheitsliebe, 11.8.2019, unter: <https://diefreiheitsliebe.de/politik/48082/>. **4** Luxemburg, Rosa: Karl Marx [1903], in: dies.: Gesammelte Werke, Bd. 1.2, Berlin 1988, S. 369–377, hier 373. **5** Brie, Michael/Candeias, Mario: Rückkehr der Hoffnung. Für eine offensive Doppelstrategie, in: LuXemburg-online, November 2016, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/rueckkehr-der-hoffnung-fuer-eine-offensive-doppelstrategie/; dies.: Linkspartei: Gegen das politische Vakuum, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2017, S. 81–86. **6** Die CDU/CSU ist verunsichert, wie sie ihre rechten Wähler*innen von der AfD zurückholen kann und zugleich die Partei der Mitte verkörpern soll, ob sie den Weg eines ultraliberalen und autoritären Macron einschlagen oder eine ökologische Modernisierung mit begrenzter sozialer Abfederung verfolgen soll. **7** Becker, Lia/Riexinger, Bernd: For the many not the few. Gute Arbeit für Alle! Vorschläge für ein Neues Normalarbeitsverhältnis, in: Sozialismus 9/2017, Supplement.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 9/2019 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Alrun Kaune-Nüßlein
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171
Redaktionsschluss: September 2019
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation